

Grossratssession März 2014: Bericht der SP-See -Deputation

Schulgesetz; 1. Lesung 2. Teil: Die Lesung des zweiten Teils des Gesetzesentwurfs war schnell beendet. Grossrat Hugo Raemy verteidigte den Entwurf bei der Frage erfolgreich, ob Informatik- und Telekommunikationsmittel als vom Kanton bezahlte Lehrmittel zu gelten haben, oder ob sie zum Material gehören, für das die Gemeinden aufzukommen haben. Er unterstrich die Wichtigkeit einer schnellen Reaktion in der Informatik, welche die Gemeinden besser gewährleisten können als der Kanton. Neu kommen die Gemeinden allein für die Schülertransporte auf. Grossrätin Sabrina Fellmann, deren Gemeinde Misery-Courtion die Transportproblematik kennt, unterlag knapp mit ihrem Vorschlag, die Übergangsfrist für die Umsetzung der Schülertransporte für bestimmte Gemeinden etwas zu verlängern, um genügend Zeit zu haben, bis die Transporte in den Finanzausgleich integriert sein werden.

Abschreibungen: Der Staatsrat stellte einen Bericht vor, aus dem hervorgeht, dass der Kanton über eine sehr restriktive Amortisationspolitik verfügt. Die Motionäre hielten fest, dass im Kanton Freiburg Investitionen schneller abgeschrieben sein müssen als die Schweizer Finanzdirektorenkonferenz empfiehlt. Staatsrat Godel verteidigte diese Politik. Indem die Bauwerke schnell abgeschrieben werden, erhöhe sich der Druck auf die laufende Rechnung, erlaube aber neue Investitionen. Diese vorsichtige Politik sei einem Kanton mit einem Strukturproblem angepasst.

Alkoholisierte Personen: Der übermässige Alkoholkonsum kommt die Allgemeinheit sehr teuer zu stehen. Allein im Jahr 2012 hatte das HFR weit über 1000 Personen mit Alkoholvergiftung zu behandeln. Alkoholisierten Personen zu helfen, ist wegen verbaler und physischer Gewalt zuweilen insbesondere für die Polizei sehr anspruchsvoll. Der Staatsrat wird die Problematik in einem Bericht analysieren.

Gesetz über die Fachhochschulen: Die vier Fachhochschulen des Kantons (Technik/Architektur, Wirtschaft, Gesundheit, soziale Arbeit) erhalten ein Gesetz. Die Tatsache, dass die Fachhochschulen nicht dem Bildungsdepartement unterstellt sind – der Kanton Freiburg steht damit alleine da -, zeugt von fehlendem Weitblick des Staatsrats. Ab dem Jahr 2015 wird unter dem neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz eine Hochschulkonferenz tagen, die von einem Bundesrat präsiert wird (Vizepräsident ist der Staatsekretär für Bildung, Forschung und Innovation), in dem die Kantone mit ihren Bildungsdirektor/innen vertreten sein werden. Dort werden die grossen bildungspolitischen Entscheide gefällt. In einer Fachkommission werden Dienstchefs der kantonalen Bildungsdepartemente die Entscheide vordiskutieren. Mit dem Freiburger System werden sich somit nur die Uni und die Pädagogische Hochschule in Bundesbern Gehör verschaffen können, die Fachhochschulen bleiben abseits. Angesichts der grossen Überzeugungsarbeit, die Grossrätin Bernadette Hänni vor der Session leisten musste, damit das Gesetz die Titel der Fachhochschulen schützt, war die Einigkeit im Grossen Rat unerwartet. Plötzlich schien die Notwendigkeit des Titelschutzes wie selbstverständlich zu sein.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer